

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Einzelheft 1.00 RM, monatlich 1.20 RM, vierteljährlich 3.00 RM, halbjährlich 5.50 RM, jährlich 10.00 RM. Inland und Ausland gleich. Postgebühren sind eingeschlossen. Einzelhefte sind an alle Postämter zu beziehen. Die Redaktion ist in der Poststraße 68, Berlin, W. 68, zu finden. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 beträgt: Die beidseitige Zeile 10 Pfennig, die einseitige 15 Pfennig. Die erste Zeile einer Anzeige kostet 10 Pfennig, die zweite 8 Pfennig, die dritte 6 Pfennig, die vierte 5 Pfennig, die fünfte 4 Pfennig, die sechste 3 Pfennig, die siebte 2 Pfennig, die achte 1 Pfennig, die neunte 1 Pfennig, die zehnte 1 Pfennig. Die elfte Zeile kostet 1 Pfennig, die zwölfte 1 Pfennig, die dreizehnte 1 Pfennig, die vierzehnte 1 Pfennig, die fünfzehnte 1 Pfennig, die sechzehnte 1 Pfennig, die siebenzehnte 1 Pfennig, die achtzehnte 1 Pfennig, die neunzehnte 1 Pfennig, die zwanzigste 1 Pfennig. Die einseitige Zeile kostet 15 Pfennig, die zweiseitige 10 Pfennig. Die erste Zeile einer Anzeige kostet 15 Pfennig, die zweite 12 Pfennig, die dritte 9 Pfennig, die vierte 7 Pfennig, die fünfte 5 Pfennig, die sechste 4 Pfennig, die siebte 3 Pfennig, die achte 2 Pfennig, die neunte 1 Pfennig, die zehnte 1 Pfennig, die elfte 1 Pfennig, die zwölfte 1 Pfennig, die dreizehnte 1 Pfennig, die vierzehnte 1 Pfennig, die fünfzehnte 1 Pfennig, die sechzehnte 1 Pfennig, die siebenzehnte 1 Pfennig, die achtzehnte 1 Pfennig, die neunzehnte 1 Pfennig, die zwanzigste 1 Pfennig.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Montag, den 1. Oktober 1917. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90—151 97.

Die Internationale des Dynamits

Von Otto Hue.
 Auf die von oppositioneller Seite im Unterhause gestellte Anfrage: ob nicht schon eine Konferenz von britischen kapitalistischen Vertretern mit „feindlichen Ausländern“ stattgefunden habe, hat die britische Regierung erklärt: „Nein!“ Nach einer anderen Lesart soll der Regierungsvertreter das „kürzliche“ Stattfinden einer solchen Konferenz bestritten haben. Auf das „kürzliche“ ist jedenfalls die Betonung zu legen, denn die britische Regierung wäre nicht bei der Wahrheit geblieben, wenn sie rundweg behauptete, Verhandlungen britischer Kapitalisten mit „feindlichen Ausländern“ hätten während des Krieges überhaupt nicht stattgefunden mit Wissen und Willen der beiderseitigen Regierungen. Es müssen vielmehr in dem Falle, den wir beleuchten wollen, sogar recht langwierige Besprechungen zwischen britischen und deutschen Vertretern des Vant- bzw. Industrikapitals vor sich gegangen sein, wenn man berücksichtigt, daß es sich um eine Regelung sehr verwickelter finanzieller Beziehungen gehandelt hat.

Der von uns ins Auge gefaßte Fall betrifft nämlich die Auseinandersetzung innerhalb des einzigen

Internationalen Nobel-Dynamit-Trust, London.

Er bestand in die Kriegszeit hinein als eine sehr enge Verbindung zwischen den britischen Sprengstoffwerken mit ihren Tochtergesellschaften in Südafrika, Spanien usw. und den bedeutendsten Dynamit- und Pulverfabriken in Deutschland, deren Hauptvertretung die Dynamit A. G. vorm. A. Nobel in Hamburg ausübte. Der Internationale Dynamittrust selbst war durch zum Teil hervorragenden Aktienbesitz unter anderem beteiligt an dem genannten Hamburger Unternehmen, an den Deutschen Sprengstoffwerken Hamburg, der Dresdener Dynamitfabrik, nahm weiter durch intime finanzielle Verbindungen Anstoß auf andere Unternehmungen, die wieder unter sich in den Gruppen des Deutschen Sprengstoff- und des Pulverkartells vereinigt waren. Umgekehrt befanden sich noch verhältnismäßig größere Anteile der britischen Werkgruppe des Internationalen Dynamit-Trusts in Händen der größten deutschen Sprengstoff- und Pulverfabriken. Es bestand ein sehr verwickeltes Schachtelsystem innerhalb der britisch-deutschen Explosivstoffindustrie, eine „ungewöhnliche Verschlingung der gegenseitigen Verbindungen“, wie sich eine Handelszeitung ausdrückte, als sie die durch den Krieg erforderliche Auflösung des Trustvertrages behandelte. Von den sehr verwickelten Abmachungen zwischen den Werkgruppen hat die breite Öffentlichkeit wahrscheinlich sogar nicht einmal eine nicht kleine Zahl der Anteilhaber noch keine Kenntnis erhalten. Darum konnte sich bei der im August 1915 erfolgten Auflösung des Internationalen Dynamit-Trusts in London ein Aktionär (nach einem „Times“-Bericht) beklagen, „daß die Aktionäre ein Uebereinkommen (!) bestätigen sollten, dessen Wortlaut sie nicht gehört haben, um so mehr als auf beiden Seiten große Zahlungen zu leisten seien“!

Demnach erfolgte erst nach einjähriger Kriegsdauer die Auflösung des Trusts, womit eine vielleicht vorläufige Ausgleichsrechnung zwischen den britischen und den deutschen Trustgenossen verbunden war. Auf der Generalversammlung der Ver. Köln-Rottweiler Pulverfabriken am 29. Dezember 1914, einem Hauptinteressenten des Internationalen Dynamit-Trusts, erklärte der Vorsitzende, im November dieses Jahres sei die Aufkündigung des Vertrages an die Nobel Dynamit-Trust-Corporation (der offizielle Name des Internationalen Trusts) ergangen. Die deutschen Gesellschaften müßten infolge des Kriegsausbruchs darauf bedacht sein, sich von jeder Gemeinschaft ihren bisherigen englischen (!) Freunden zu lösen. Also erfolgte die Vertragsauflösung seitens der Trustgenossen bereits im November 1914 und erst Ende August 1915 war man so weit, daß die Vertrags- und gegenseitige Abrechnung erfolgen konnte. Die Verhandlungen über den Ausgleich sind aber, wie die „Times“ Mitte August 1915 meldete, „unter Zustimmung der britischen Regierung zum Abschluß gelangt“!

Wie und von welchen Persönlichkeiten sind denn diese von den beiderseitigen Regierungen gebilligten, äußerst langwierigen, darum monatelang dauernden Verhandlungen geführt worden? Der diffizilen Natur der internationalen Trustvereinbarungen entsprechend können zweifellos nur mit den verwickelten, auch mit den allerintimsten Geschäftsbeziehungen durchaus vertraute Personen als Verhandler in Frage kommen. Darum werden Konferenzen der kapitalistischen Trustvertreter stattgefunden haben, gleichviel ob in der Schweiz (wie der britische Antrags anmimm!) oder in Holland, Skandinavien oder wo sonst. Ohne eingehende mündliche Besprechungen der mit allen Geschäftsbeziehungen vertrauten kann es nicht abgegangen sein, dafür waren die gegenseitigen finanziellen Beziehungen

Geringe Geschäftstätigkeit — Erneuter Fliegerangriff auf London und Küstenorte — Alle Flugzeuge zurückgekehrt — Neue Kämpfe am Monte San Gabriele.

Amlich, Großes Hauptquartier, 30. September 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei ungünstiger Sicht blieb bei allen Armeen die Geschäftstätigkeit geringer als an den Vortagen.
 In Flandern war der Artilleriekampf an der Küste und abends von der Yser bis zum Kanal Greniers—Ypern hart. Fortwährende englische Erkundungsabteilungen wurden an mehreren Stellen abgewiesen.

Vor Verdun war, von vorübergehender Feuerheerigung abgesehen, die Kampflosigkeit maßig.

Unsere Flieger griffen erneut die Docks und Speicher in London sowie Ramsgate, Sheerness, Margate an. Wirkung der Bomben war an Bränden erkennbar. Die Flugzeuge sind sämtlich unbeschädigt zurückgekehrt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen.
 Mazedonische Front.

Zwischen Ohrida-See und Gerna war das Feuer lebhafter als sonst.

Der Erste Generalquartiermeister.
 Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 30. September 1917, abends. Amlich.
 Keine wesentlichen Ereignisse.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 30. September 1917. (W. T. B.) Amlich
 wird verkauft:

Ostlicher Kriegsschauplatz und Albanien.

Unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Der Südtirol der Hochfläche von Bainsizza—Heiligengeist und der Monte San Gabriele wurden gestern wieder zum Schauplatz erbitterter Kämpfe. Die Italiener drangen nirgendwo durch.

Der Chef des Generalstabes.

zu ungewöhnlich verschlungen. Und gerade der geheimnisvolle Schleier, der auf diese internationalen kapitalistischen Ausgleichsverhandlungen gelegt worden ist, beweist uns, daß ein „Verkehr mit feindlichen Ausländern“ stattgefunden hat, der allerdings mit der um jene Zeit noch rücksichtslos ausschweifenden Völkerverhetzung der Chaudronistenpresse grell kontrastiert.

Die Auflösung des Internationalen Dynamittrusts führte in Großbritannien zur Bildung der Nobels Explosives Co. Lim., Glasgow, jetzt die Vereinigung der britischen Sprengstoffwerke, und in Deutschland schlossen die Dynamitfabriken einerseits, die Pulverfabriken andererseits unter Führung der Hamburger Dynamit A. G. vorm. A. Nobel eine Art Gewinnverteilungsartell. Nach dem von der britischen Regierung gebilligten Uebereinkommen wurde den deutschen Trustgenossen ein Vorkapital von ungefähr 3 245 100 Mark zugesprochen. Wühin hat tatsächlich bereits im Laufe des siedendheißen ersten Kriegsjahres eine internationale finanzielle Abmachung zwischen großkapitalistischen Gesellschaften stattgefunden. Daß es zum Abschluß dieser ungewöhnlich verwickelten Finanzoperation mindestens einer Konferenz der kapitalistischen Trustvertreter bedurfte, versteht sich am Rande. Dahin wäre die „kürzliche“ Antwort der britischen Regierung zu beachtigen.

Die interessante Anfrage nach der Kapitalistenkonferenz wurde im britischen Unterhaus gestellt mit Rücksicht auf die Weigerung der Regierung, den Stockholm-Delegierten Pässe zum Zwecke der Konferenz mit „feindlichen Ausländern“ auszustellen. Eine Konferenz internationaler Trustkapitalisten zur Regelung geschäftlicher Angelegenheiten hat die britische Regierung zweifellos gebilligt. Die deutsche Regierung ja auch, aber diese gewährt auch den Sozialisten und Gewerkschaftern Auslandspässe für die Teilnahme an internationalen Friedenskonferenzen. Wir haben natürlich nichts gegen internationale Besprechungen einzuwenden, gleichviel welche „Richtung“ in Betracht kommt und müssen in der Weigerung der Entente-Regierungen, den sozialistischen Delegierten die Pässe für Stockholm zu geben, das Bekenntnis eines schlechten Gewissens erblicken.

Aber die erfolgte Geschäftskabwägung des Internationalen Dynamittrusts während des Krieges erhält auch für uns Deutsche ein besonderes Interesse, wenn wir uns vergegenwärtigen, mit welchen schönen Reden konservativ-alledeutsch-schwerindustrielle Organe die Bemühungen der

Sozialisten, in Stockholm einen Friedenskongress zustande zu bringen, begleiten. Diese Organe haben offen oder versteckt die deutsche Regierung aufgefordert, uns das „Verhandeln mit feindlichen Ausländern“ unmöglich zu machen, von „landesverräterischen“, „undeutschen“, „schmachwürdigen“ Absichten ist geschrieen und gesprochen worden. Da es in erster Linie im alledeutsch-schwerindustriellen Fahrwasser schwimmende Zeitungen sind, die derart gegen die sozialistischen Friedensbestrebungen wüten, so ist es nun am Platze, zu zeigen, welche Kreise denn bei den Verhandlungen über den Internationalen Dynamittrust beteiligt gewesen sind.

Die Verhandlungen mit den britischen Trustgenossen sind in erster Linie von Beauftragten der Norddeutschen Bank in Hamburg, Unterabteilung der Diskontogesellschaft Berlin, geführt worden. Diese Bank ist nämlich aufs engste verbunden mit der internationalen Sprengstoffindustrie, ist die Hauptbank der Dynamit A. G. vorm. Alfred Nobel, Hamburg, der führenden deutschen Abteilung des Int. Dynamittrusts bis zu seiner Auflösung. Mit der Norddeutschen Bank, der Berliner Diskontogesellschaft und der Nobel Dynamit A. G. Hamburg hängen durch gemeinsamen Anteilbesitz, Kartellverträge, gemeinsame Aufsichtsräte usw. eng zusammen die Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken, die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken Berlin, die Pulverfabriken Baisroda, Tinsdal, die Sprengstoffwerke in Dresden, Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff A. G., Dresdener Sprengstoff-Fabrik, Deutsche Sprengstoffwerke Hamburg, Carbonit-Gesellschaft Hamburg, Eigener Dynamitfabrik, Rheinische Dynamitfabrik Köln usw.; kurzum so gut wie die ganze deutsche Pulver- und Dynamitindustrie ist im Besitz oder steht wenigstens unter leitender Kontrolle eines verhältnismäßig kleinen Großkapitalistenkonzerns unter Führung der Diskontogesellschaft-Norddeutschen Bank. Diese Industrie ist bereits so konzentriert und kartelliert, daß sie ein unbeschränktes, ungeheuer einträgliches Monopol ausübt und überreif ist für die Ueberführung unter Reichsregie.

Betrachten wir uns die leitenden Hauptpersonen, dann finden wir auch die Namen wieder, die in der alledeutsch-annexionistischen Propaganda mit an hervorragender Stelle stehen. Der „König der Aufsichtsräte“, Louis Hagen (Köln), sitzt in der Leitung der Hamburger Nobelgesellschaft, der Köln-Rottweiler Pulverfabriken, der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken Berlin, er saß im Aufsichtsrat des Intern. Dynamittrusts London, der British South Africa Explosives Comp., er bevollmächtigt weiter die Aufsichtsräte einer Anzahl deutscher Schwerindustriewerke. Hofrat Dr. Kufflauer (Hamburg) ist Direktor oder Aufsichtsrat in einer Reihe von Sprengstoffwerken, war auch im Direktorium des Int. Dynamittrusts; er war wohl dessen hervorragendster deutscher Vertrauensmann; Vorstandsvorsitzender der großen V. u. G.-Gesellschaft Phönix, ist Direktionsmitglied des Stahlwerksverbandes, des Rh.-W. Kohlenyndikats usw. Generaldirektor Müller von der V. G. Hagen ist auch Aufsichtsrat der Norddeutschen — der internationalen „Sprengstoffbank“ — des Kohlenyndikats, des Bochumer Gußstahlvereins, der Rombacher Hütten usw. Emil Kirdorf dirigiert neben der großen Gelsenkirchener V. G. und des Kohlenyndikats mit die Diskontogesellschaft-Norddeutsche Bank, die Köln-Rottweiler Pulverfabriken, die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, mehrere andere kleine Sprengstoffwerke, den Schaaffhauser Bankverein, den Stahlwerksverband usw. Im Aufsichtsrat der mit den Waffen- und Munitionsfabriken Alerten Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken, die vor dem Kriege u. a. auch an dem Internationalen Dynamittrust, den südafrikanischen britischen Explosivwerken, der Union der spanischen Sprengstoffwerke, der russischen Gesellschaft für Pulverfabriken beteiligt waren, sitzen neben den Geheimen Kommerzienräten Hagen und Kirdorf noch die Finanzgrößen Th. v. Guilleaume, v. Dyppeheim und Kufflauer, ferner die Herren Admiral Thomson, Vizeadmiral Saa, von Gontard. Und es wirkte dort mit als unmittelbarer Vertreter des Internationalen Trusts ein Herr Kraftmeyer (London), von dem in der Auflösungsverammlung des Trusts im August 1915 auf Anfrage erklärt wurde, er, Kraftmeyer, habe sich zum Engländer „naturalisieren“ lassen. Daher der urdeutsche Name „Kraftmeyer“.

Es sind dann noch eine Anzahl als Alldeutsche sehr bekannte und potente Schwerindustrielle Hauptbeteiligte an den Erträgen der Sprengstoffindustrie, aber wir können uns mit den Aufgezählten begnügen. Repräsentieren sie doch die Creme unseres Großunternehmertums, das in seinen Organen uns nun täglich belehren läßt, daß der Krieg ohne die Verwirklichung der alledeutsch-imperialistischen Eroberungsgiele nicht beendet werden „dürfe“ und daß es „vor allen

Dingen" nottue, die „Engländer“, mit denen sich gerade jene herborragenden Vertreter unseres großen Bau- und Industriefapitals jahrelang die glänzenden Sprengstoffgewinne freundschaftlich geteilt haben, „niederzumerzen“. Die geschäftsfundigen Vertreter des britisch-deutschen Dynamittrübes haben nichts „vaterlandsloses“ darin gesehen, schon im ersten Kriegsjahr mit „feindlichen Ausländern“ zu konferieren zum Zweck geschäftlicher Abmachungen. Nun aber im vierten Kriegsjahr sich hochgesinnte Männer und Frauen bemühen, zwar keine Finanzgeschäfte mit „feindlichen Ausländern“ auszugleichen, sondern von Menschen zu Menschen sich über den Völkerverfrieden zu besprechen, da soll das nach den konföderativ-alleinindustrialistischen Organen eine „undeutsche“, „vaterlandsfeindliche“ Handlung sein?!

Internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern.

Am heutigen 1. Oktober soll in Bern eine internationale Gewerkschaftskonferenz, die erste seit Ausbruch des Krieges, zusammentreten. Man erwartet, daß an dieser Besprechung die Gewerkschaften fast aller europäischen Länder mit Ausnahme Englands teilnehmen werden, falls nicht einzelne Regierungen die Abreise der Delegierten verhindern. Die Vertreter der deutschen Gewerkschaften haben die Reise ungehindert angetreten und dürfen in diesem Augenblick am Konferenzort schon eingetroffen sein.

Die Tagesordnung umfaßt nur zwei Punkte: 1. Die Verlegung des Internationalen Sekretariats, 2. die Anträge der internationalen Gewerkschaften zum Friedensschluß.

Die Gewerkschaftskonferenz der Entente-Länder in Leeds am 5. Juli 1916 hatte eine Reihe gewerkschaftlicher Forderungen für den künftigen Friedensvertrag beschlossen und hierzu die Zustimmung der übrigen Landeszentralen zu erlangen versucht. Die Skandinavier verlangten jedoch eine internationale Konferenz, und der französische Gewerkschaftskongress zu Weiden 1916 erteilte diesem Gedanken seine Zustimmung. Der geplante Zusammentritt der Konferenz in Stockholm am 8. Juni wurde durch englischen Einfluß vereitelt, und schließlich wurde die Schweizer Landeszentrale beauftragt, die Konferenz nach Bern einzuberufen.

Einen eigentlichen Streitpunkt bildet nur der erste Punkt der Tagesordnung, der die dauernde Verlegung des vorläufig nach Holland verlegten internationalen Gewerkschaftsbüros aus Berlin verlangt. Der zweite Punkt betrifft sozialpolitische Forderungen, die von den internationalen Streitigkeiten nicht berührt werden. Ob es freilich möglich sein wird, die Diskussion auf rein sozialpolitische Angelegenheiten zu beschränken, ist eine andere Frage.

Über das Zustandekommen und die Aussichten der Konferenz schreibt Genosse Rob. Schmidt in den „Sozialistischen Monatsheften“:

„Die Vorarbeiten für diese Konferenz haben sich mit weniger Eifer vollzogen als die für Stockholm. Ihre Aufgabe ist ja auch eine andere. Denn der Internationale Gewerkschaftsbund lehnt nach seinem Statuten die rein politische Tätigkeit ab. Gleichwohl wird unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Konferenz die Erörterung der Kriegs- und Friedensfragen nicht ganz ausschließen können. Eine Lösung, die es möglich macht, daß Vertreter der Arbeiter aus allen Kriegführenden und neutralen Staaten des europäischen Festlands miteinander beraten, ist an sich schon ein Ereignis von nicht geringer Tragweite.“

Die Petersburger demokratische Konferenz.

Petersburg, 29. September. Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur eröffnete der frühere Arbeitsminister Skobelew die zweite Sitzung der Demokratischen Konferenz, indem er sich für ein Zusammengehen mit dem gewerkschaftlichen Bürgertum und selbst mit den Kadetten ausdrückte, mit Ausnahme der Elemente unter ihnen, die in die Angelegenheit Kornilow verwickelt sind.

Der frühere Justizminister Jarudny sprach von der Stellungnahme der Kadetten gegenüber Kornilow und erklärte, daß sie sich ehrenhaft verhalten hätten; denn sie seien die ersten gewesen, die gefogt hätten, daß der einzige Ausweg die Diktatur Kerenskis sei. Der Redner war der Ansicht, daß die Konferenz Verhandlungen mit der Regierung einleiten solle, um eine Art von Parlament zu schaffen, das alle Parteien einschließe und dem das Kabinett verantwortlich wäre.

Der frühere Verpflegungsminister Pischchonnov sagte, daß er außer in einer Koalition kein Mittel zur Lösung der Krise sehe; da die Demokratie allein nicht lange die Macht in ihrer Hand behalten könne. Er betonte die Notwendigkeit einer Mitarbeit der Kadetten.

Der frühere Minister des Innern und Vorsitzende des Rates der Bauernabgeordneten Assentjew betonte die Notwendigkeit eines die Regierung kontrollierenden Organs, das mit dem Lande durch zahlreiche Fäden verbunden sei. Dieses Organ, eine Art von Parlament, sagte er, soll sich aus Vertretern der Demokratie zusammensetzen. Damit es aber die unumgänglich notwendige Autorität besitzt, so muß es alle lebenden Kräfte des Staates in seine Berechnung ziehen. Daher drängt sich in diesem Falle die Teilnahme der bürgerlichen Klassen auf.

Darauf erklärte Tsereteli ebenfalls: Die Konferenz muß die Grundlage der neuen Regierung schaffen und ein Kontrollorgan begründen, das dann das Vertrauen des ganzen Landes gewinnen und es von dem Abgrunde retten wird, dem es rasch zueilt.

Der Abgeordnete aller Frontauschüsse Rutschin hielt eine lange Rede, in der er sagte: Das Land kann nicht gerettet werden, wenn die Kampffähigkeit des Heeres nicht wiederhergestellt wird und wenn das immer noch große Vertrauen der Soldaten gegenüber den Offizieren nicht ausgetrotzt wird. Diese Aufgabe wird sehr erleichtert werden, wenn das Heer erfährt, daß sich die neue Regierung auf die Demokratie stützt.

Der militärische Abgeordnete Bohinski stellte die peinliche Lage im Heere fest und empfahl einige praktische Maßnahmen zu seiner Wiedergeburt, vor allem eine bessere Verpflegung, denn hungernde Truppen könnten nicht siegen; ferner eine kluge Befreiung des Heeres von schädlichen Elementen, um nicht die Fahnenflucht zu steigern.

Das gesperrte Petersburg.

Petersburg, 29. September. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Militärgouverneur von Petersburg hat verfügt, daß jeder ohne besondere Ermächtigung der örtlichen Behörden in der Hauptstadt ein-

treffende Reisende mit einer Buße von 3000 Rubel oder mit 3 Monaten Gefängnis bestraft werden soll. Die Verfügung hat ihre Ursache in den Verpflegungsschwierigkeiten.

Der finnische Landtag unter Anklage.

Helsingfors, 29. September. Einer amtlichen Mitteilung zufolge hat der Generalgouverneur befohlen, den Präsidenten und die Mitglieder des Landtags, die mit Gewalt in den aufgelösten Landtag eingedrungen sind und dort eine Sitzung abgehalten haben, gerichtlich zu verfolgen.

Es handelt sich um die sozialistischen Abgeordneten, die über die Hälfte der Mandate des aufgelösten Landtags innehaben. Nach der Landtagspräsident ist Sozialist.

Die in Rumänien verbliebenen Notabeln angeklagt.

Bukarest, 28. September. Englische Blätter melden, das Kaiserliche Zivilgericht habe durch öffentliche Bekanntmachung sämtliche im besetzten Gebiet verbliebenen rumänischen Abgeordneten und Beamten, darunter Peter Carp, Professor Stere, Prinz George Stirben und General Jarcu aufgefordert, sich unverzüglich dem Kaiserlichen Gericht zu stellen, um wegen Verbleibens in dem vom Feind besetzten Gebiete abgeurteilt zu werden.

Hierzu schreibt „Lumina“, das Blatt des Professors Stere: Diese Regierung, die ein dreijähriges Bündnis gebrochen hat, um uns in einen Krieg zu führen, dessen unheilvoller Verlauf keinem vernünftigen Politiker überraschend kam, und die ihr grenzenloses Verbrechen vor der Geschichte wird verantworten müssen, magt es, diejenigen Männer vor Gericht zu laden, die mit allen ihren Kräften kämpften, um die Regierung von der Wahnsinnshandlung, die sie von Bukarest nach Jassy geführt hat, abzuhalten. Und warum werden sie vor Gericht geladen? Weil sie mit dieser Regierung die Verantwortung nicht teilen wollen, und gegen ihre Politik Protest erhoben haben. Es wäre ein in der Geschichte einzig dastehendes Beispiel und ein Beweis dafür, daß unser Volk des Daseins nicht würdig ist, wenn unsere Politiker, die diesen Krieg vorbereitet haben, ihr Haupt je wieder erheben dürfen.

Lord Rhondda über die englische Nahrungsmittelversorgung.

Bern, 29. September. „Times“ zufolge erklärte Lord Rhondda in einer Besprechung amerikanischen, kanadischen und australischen Journalisten:

„Wir eröffnen einen neuen Feldzug, um das Publikum von der vitalen Notwendigkeit des verminderten Essens zu überzeugen. Falls keine freiwillige Einschränkung erfolgt, werde ich nicht zögern, Zwangsrationierung einzuführen. Die Gefahr der Lebensmittelknappheit liegt weniger in der Tauchbootgefahr, als in der Knappheit von Getreide, Fleisch und Fettstoffen. Die Maßnahmen der Vereinigten Staaten zur energischen Beschränkung in der Lebensmittelversorgung nach den neutralen Ländern sind für die europäischen Alliierten ein unschätzbare Vorteil, aber die Verschärfung der Blockade ist ein zweischneidiges Schwert. Die Einfuhr von Speck und anderen Produkten Dänemarks nach England wird dadurch notwendigerweise stark vermindert. Wir werden dadurch mehr denn je auf Amerika angewiesen sein. Was wir von den Vereinigten Staaten und Kanada verlangen, können wir nirgends anderswo erhalten. Wenn die europäischen Alliierten nicht imstande sind, Lebensmittel zum Unterhalt ihrer Heere und Zivilbevölkerung einzuführen, mag auch unsere vereinigten Anstrengungen der Sieg entfallen.“

In der zweiten Nummer des Amtsblattes des Lebensmittelamtes schreibt Rhondda:

„Unsere Mindestbedürfnisse an Lebensmitteln aus den Vereinigten Staaten und Kanada während der kommenden zwölf Monate betragen über 10 Millionen Tonnen im Werte von 250 Millionen Pfund Sterling, ausschließlich der Frachtkosten, oder drei bis vier Millionen Dollars täglich. In der Hauptsache handelt es sich dabei um Getreide, Schweineprodukte, Zucker und Fleisch.“

Die Lage an den deutschen Fronten.

Berlin, 30. September. Während in Flandern an der Hauptkampffront die Stärke des Artilleriekampfes vormittags nachgelassen hatte, lebte das Feuer nachmittags wieder auf und nahm gegen Abend große Stärke an. In der Nacht gingen mehrfach starke englische Patrouillen in Gegend Lombardische, Langemarck und Zonnebese vor. Sie wurden im Handgranateneinsatz verlustreich abgewiesen. Unsere Artillerie feierte die Bekämpfung feindlicher Batterien und Anlagen mit beobachtetem Erfolg fort, während unsere Bombengeschwader nachts Dünkirchen, sowie Stadt und Lager Voperinghe ausgiebig mit Bomben belegten. In Gegend Lens und nördlich wurden an mehreren Stellen von unseren Patrouillen Gefangene eingebracht.

Während an der Arrasfront und in Gegend St. Quentin die Gefechtsintensität normal blieb, lag an der Aisnefront bis zum Einbruch der Dunkelheit lebhaftes feindliches Artilleriefeuer besonders an der Laffaured und am Chemin des Dames, das besonders östlich Ferny zu größerer Stärke anwuchs. Das schon tagsüber lebhaft feindliche Artilleriefeuer in Gegend nordwestlich Proennes steigerte sich gegen Abend zu großer Heftigkeit. Kurz darauf erfolgte ein Raketeneindringlicher Vorstoß, der im Speerfeuer und im Nahkampf verlustreich zusammenbrach. Am Kometanal hielten unsere Stoßtruppen nordwestlich Courcy Gefangene aus den feindlichen Stellungen.

Weiterwärts Verbund war tagsüber die Gefechtsintensität geringer und wurde erst nachts zeitweise lebhafter. Der bereits am 29. September gemeldete abgeschlagene französische Patrouillenvorstoß südlich Beaumont war von stärksten Kräften in etwa 500 Meter Breite ausgeführt worden. Es bestätigt sich, daß die Franzosen hier besonders hohe Verluste erlitten.

Im Osten nordöstlich Riga, bei Boronowitschi und in Gegend Tarnopol waren unsere Stoßtruppen und Patrouillen erfolgreich und lehrten mit Gefangenen und Beute zurück. Zwischen Susia und Seretz war das feindliche Feuer tagsüber lebhaft und hielt bis zum Abend an. Auch in Mazedonien lebte an einzelnen Stellen die feindliche Artillerieintensität auf.

Der Krieg auf den Meeren. Ein russischer Torpedobootszerstörer gesunken.

Der russische Heeresbericht vom 28. September meldet unter Orfsee: Am 28. September gegen 11 Uhr abends ist der Torpedobootszerstörer Ochoznil südlich von der Insel Oesel auf einer von einem feindlichen Unterseeboot ausgelegten

Mine in die Luft gesunken und schnell gesunken; gegen Abend des folgenden Tages wurde ein Boot mit elf Raketen, darunter vier betwundeten, ans Ufer gespült; zur Auffassung des Motorbootes und des Ratters sind ein Schloppdampfer und einige Ratter entsandt worden. Keiner von den Offizieren hat das Schiff verlassen wollen, so daß alle umkamen.

Ochoznil war 1905 gebaut und verdrängte 620 Tonnen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Tragischer Tod eines Sinesiers. Bern, 29. September. Nach einer Meldung der „Times“ aus Dublin verstarb der wegen Aufregung im August zu einem Jahr Zuchthaus verurteilte Sinesier Thomas Ashe am 25. September in der Dubliner Strafanstalt an den Folgen einer wegen Hungerstreiks verfügten Zwangsernährung. Anscheinend wird befürchtet, daß der Zwischenfall böses Blut machen und den Fortgang des irischen Konvents ungünstig beeinflussen werde.

Abhängige Rechtsprechung?

Die Umgestaltung der obersten Reichsbehörden — die Teilung des Reichsamts des Innern, die Schaffung eines besonderen Stellvertreters des Reichskanzlers — wirft eine Reihe von innerpolitischen staatsrechtlichen Fragen auf, die bisher noch kaum erörtert wurden und auch deshalb wohl nicht zum Gegenstand der Erörterung gemacht worden sind. Ganz unbewußt schneidet der Präsident des Bayerischen staatslichen Landesamts, Dr. Friedrich Jahn, in der „Bayerischen Staatszeitung“ vom 21. September 1917 in einer Abhandlung: „Reichswirtschaftsamt und Sozialpolitik“ diese Fragen an. Er wendet sich — und das ist es, was uns Anlaß gibt, diesen Artikel zu erwägen — gegen die Auffassung, das Reichsversicherungsamt, die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte und das Aufsichtsamt für Privatversicherung dem neuen Reichswirtschaftsamt anzugliedern. Er will die gesetzgeberische Fortbildung der Werke, die in diesen Kreisen ihre Spitze finden, von dem sozialpolitischen Reichsamt vertreten lassen, deshalb aber auch diese Kreise grundsätzlich dem Reichswirtschaftsamt nachordnen.

Selbständige, höchstgerichtliche Instanzen einer anderen Reichsbehörde nachzuordnen, erscheint als etwas so Mißständiges, daß wir uns verwundert fragen, wie ein Sozialreformer ersten Ranges, als den wir seiner fortgeschrittenen Arbeiten auf sozialpolitischem Gebiet wegen Dr. Jahn fraglos anerkennen müssen, zu einem solchen Vorschlag kommen kann. Wir können nur annehmen, daß es sich bei der oben erwähnten um eine noch nicht klar durchdachte Auffassung handelt, zumal Dr. Jahn eine nähere Begründung seines Standpunktes in dem erwähnten Artikel nicht gibt.

Wir wollen von vornherein unseren entschiedenen Widerspruch gegen die Unterstellung z. B. des Reichsversicherungsamtes unter das Reichsamt des Innern oder das neue Reichswirtschaftsamt oder auch ein besonderes Reichsamt für Sozialpolitik zum Ausdruck bringen. Mehr wie einmal und auch noch in letzter Zeit haben wir zum Ausdruck gebracht, daß uns die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes Anlaß zu den erheblichsten Bedenken bietet, daß sie in der Hauptsache leider ganz einseitig zugunsten der Unternehmener orientiert ist. Das scheint uns nicht zum wenigsten an der Verbindung der Rechtsprechung mit der Verwaltung des Versicherungswesens zu liegen. Es machen sich da Verlegungen ganz unabweisbar und unwiderruflich, dem einzelnen Richter natürlich subjektiv ganz unerkannter Art geltend, die die Rechtsprechung so einseitig orientiert erscheinen lassen. Deshalb auch fragen wir gar keine Bedenken, in eine Trennung der dem Reichsversicherungsamt obliegenden Befugnisse zu willigen, dahingehend, daß diesem Amt die Verwaltungstätigkeit genommen und ihm die Rechtsprechung allein verbleibt. Wir halten dabei eine ganz wesentliche Umgestaltung der Rechtsprechungsbezugnisse für durchaus geboten. Nicht nur, daß die Rechtsprechung auf dem Gebiet der Sozialversicherung dem Reichsversicherungsamt als höchster Instanz zugeht, einschließlich der auf dem Gebiete der aus Gründen der inneren Zusammengehörigkeit ganz mit der Arbeiterversicherung zu vereinigenden Angestellten- und Knappschaftsversicherung, auch die Privatversicherung und das Armenwesen — unter Zusammenfassung mit dem Bundesamt für das Heimatswesen — würde ihm zu überweisen sein. Auch die Rechtsfragen unseres gewerblichen Rechtes, die heute zum Teil als Aufgaben der Verwaltungsgerichte oder Verwaltungsbehörden in den verschiedensten Bundesstaaten keineswegs einheitlich geregelt sind und über deren langsame Erlebung und Verschleppung immer und immer wieder geklagt wird, würden zweckmäßig einem solchen sozialpolitischen Gerichtshof zuzuteilen sein. Jedenfalls geht es unter gar keinen Umständen an, ein Gericht, das „im Namen des Reichs“ Recht spricht, unter eine andere oberste Reichsbehörde zu stellen. Schon bisher sind Verlegungen mit solcher Tendenz zu verzeichnen gewesen.

Nach § 83 der Reichsversicherungsordnung ist das Reichsversicherungsamt die oberste Spruch-, Beschluß- und Aufsichtsbehörde für das Gebiet der Reichsversicherung. Eine oberste Behörde kann man natürlich nicht unter eine andere oberste Behörde stellen, denn dann ist's eben keine oberste Behörde mehr. Nach § 84 der R.V.O. sind die Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes endgültig, soweit nicht das Gesetz etwas anderes vorschreibt. Etwas anderes schreibt das Gesetz nur in den §§ 853 und 1841 der R.V.O. vor. Dort wird aber nicht eine oberste Reichsbehörde, sondern der Bundesrat als die Stelle bestimmt, die über die Gültigkeit einer vom Reichsversicherungsamt verfaßten Satzungsänderung zu befinden hat. Auch sonst ergeben die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung, daß der Gesetzgeber das Reichsversicherungsamt genau so wie z. B. das Reichsgericht als oberste Stelle betrachtet wissen will. Der Kaiser ernannt den Präsidenten und die ständigen Mitglieder auf Vorschlag des Bundesrats auf Lebenszeit, nur die anderen Beamten der Reichskanzler. Der Reichskanzler kann vorübergehend an Stelle eines Senatspräsidenten ein anderes ständiges Mitglied mit dem Vorsitz in einem Senat betrauen. Der Reichskanzler beruft schließlich auch die richterlichen Beamten. Im § 721 wird vorgeschrieben, daß das Reichsversicherungsamt alljährlich über die gesamten Rechnungsergebnisse des abgeschlossenen Geschäftsjahres einen Rechweis anzustellen hat, der dem Reichstag vorzulegen ist.

Diese ganze Rechtslage läßt also erkennen, daß das Reichsversicherungsamt keiner anderen Behörde hat unterstellt werden sollen. Das ist nun allerdings versucht worden durch die Verordnung über Geschäftsbetrieb und Verfahren des Reichsversicherungsamtes, die gemäß § 20 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung durch Kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats erlassen worden ist. Dort wird nämlich immer da, wo in den vorstehend genannten Vorschriften der R.V.O. von dem Reichskanzler zu gewiesenen Befugnissen die Rede ist, in Klammern beigefügt: „Reichsamt des Innern“. Man konnte hiergegen nicht viel einwenden, weil der Staatssekretär des Innern der Stellvertreter des Reichskanzlers war. Dieser Tatsache wegen konnte auch nichts gesagt werden, wenn in dieser Verordnung vorgesehen war, daß der Geschäftsbereich des Reichsversicherungsamtes dem Reichskanzler — mit der Eingufügung „Reichsamt des Innern“ — zu erstatten sei. Nunmehr jedoch ist der Staatssekretär des Innern nicht mehr der Stellvertreter des Reichskanzlers. Durch diesen Umstand würde nunmehr das Reichsversicherungsamt dem Reichsamt des Innern unterstellt werden, oder event. dem neuen die sozialpolitischen Fragen bearbeitenden Amt. Das gegen müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wenden. Die oberste Stelle auf dem Gebiete des sozialen Rechtes soll keiner Reichsbehörde unterstellt sein. Es ist schon ein ganz unzulässiger Zustand, daß beispielsweise das Knappschafts-Obertribunalgericht quasi als eine Einrichtung des preussischen Handelsministeriums angesehen werden muß.

Die Rechtsprechung soll unabhängig sein und wir wollen nicht, daß irgendwelche Beziehungen, von denen wir oben gesprochen haben, bei der Rechtsprechung in Erscheinung treten.

Werbearbeit für die Frauenbewegung.

Genossin Marie Juchacz sendet uns folgenden Aufruf, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leserinnen dringend empfehlen. Bei dem Zusammensein unserer Parteigenossinnen auf der Reichsfrauentag am 7. Juli in Berlin kam der Wille zu tatkräftiger Arbeit im Dienst der sozialdemokratischen Weltanschauung in schönster Weise zum Ausdruck. In dem ersten glänzenden Willen liegt schon ein Stück Erfolg. Der Krieg hat auch die sozialdemokratische Frauenbewegung demütigend gedrückt und geschwächt. Zugleich wurden wir Frauen aber auch vor eine Fülle neuer Aufgaben gestellt.

In nie gekannter Weise hat die Frauenwerkbearbeit an Umfang zugenommen, ist sie in ihrem volkswirtschaftlichen Wert gestiegen. Viel Umsicht, Tapferkeit und guter Wille in der Frauenwelt ist nötig, um Berufs-, Hausfrauen- und Mutterpflichten zugleich auszuüben. So manche Frau ginge nicht den schweren, dochmühsamen Weg der um Lohn arbeitenden Mutter, würde sie nicht durch bittere Not dazu gezwungen.

Die bisher zur Entlastung der erwerbenden Frauen geschaffenen gemeinnützigen Einrichtungen genügen noch lange nicht, um ihnen wirklich fühlbare Erleichterungen zu verschaffen.

Die Fragen der Selbsternährung haben während des Krieges auch für die Frauen eine erhöhte Bedeutung gewonnen. In der Zeit der staatlich organisierten Lebensmittelversorgung müssen die Frauen als Verbraucherinnen und Verwalterinnen des Familieneinkommens ein größeres Interesse am öffentlichen Leben gewinnen.

In engem Zusammenhang mit der Frage der Frauenwerkbearbeit und der Lebensmittelversorgung steht das Bevölkerungsproblem. Geburt und Tod lassen sich von den allgemeinen gesellschaftlichen Erscheinungen nicht trennen. Schutz und Hilfe den werdenden Müttern und den Säuglingen durch die Gesetzgebung, Sicherstellung einer ausreichenden Ernährung und Pflege für die heranwachsende Jugend muß für uns Frauen Forderung und Ziel sein. Die Schulfrage erhält auch für die Frauen der Arbeiterklasse erhöhte Bedeutung, wenn das Wort: „Freie Bahn allen Tüchtigen“ Geltung haben soll. Die Wohnungsfrage erfordert unsere ganze Aufmerksamkeit. Viele Frauen und Mädchen, die außerhalb ihres Wohnortes ihrem Beruf nachgehen müssen, finden oft kein sauberes Plätzchen, wo sie ihren Körper nach schwerer Arbeit zur Ruhe strecken, wo sie eine Erholungsstunde genießen können. Die Mietssteigerungen allerorts zeigen uns schon jetzt, welchen Wohnungsverhältnissen wir entgegengehen.

Der kommende Friede kann uns ein plötzlich zurückfluten der weiblichen Erwerbsarbeit bringen. Mit der Arbeitslosigkeit droht aber den Frauen Verdienstoffigkeit und bittere Not, wenn nicht von der Gesetzgebung rechtzeitig Vorkehrungen getroffen sind.

Es muß den Frauen klar werden, daß es bei ihrer Teilnahmlosigkeit dem politischen Leben gegenüber nicht bleiben darf. Der Verlauf des Krieges wird und zeigen, ob der Krieg mit seiner großen seelischen und körperlichen Not und ganz müde und stumpf gemacht hat, oder ob wir nicht doch etwas zu leisten vermögen für unsere Idee, für den Sozialismus.

Werbt Kämpferinnen für den Sozialismus und Leserinnen für die „Gleichheit“! Wenn jede Genossin ihre Pflicht tut, muß es gelingen!

Die Bergarbeiter für Verständigungsfrieden und gleiches Landtagswahlrecht.

Aufstieg der Organisation.

In Hannover tagte der Aktionsausschuß des Bergarbeiterverbandes. An der Tagung nahmen 72 Delegierte und Vorstandsvorsteher teil, überwiegend Verbandsmitglieder, die noch täglich Werkbearbeit verrichten. Der Verbandsvorsitzende Reichstagsabgeordneter Sachse schilderte die Vorgänge im Bergbau, die zahlreichen Lohnbewegungen und ihre zum Teil guten Erfolge. Der Bergarbeiterverband habe an der Ausgestaltung und der Anwendung des Silberrichtgesetzes praktisch mitgearbeitet. Gegen dieses Gesetz wählten nun die großkapitalistischen Scharfmacher, womit bewiesen wäre, daß es doch nicht so „bundesfremd“ für die Arbeiter sei, wie von gewisser Seite behauptet wurde. Im die politischen Parteistreitigkeiten kümmerte sich der Verband prinzipiell nicht, er wende sich aber mit aller Schärfe gegen die Unterwühlung der Organisation, von welcher Seite sie auch versucht würde. In der Kriegs- und Friedensfrage hätten die Verbandsorgane stets in dem Sinne der Resolution der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli d. J. Stellung genommen. Der beste Beweis dafür, daß hiermit dem Willen der Arbeitermassen entsprochen sei, gebe die Entwicklung der Mitgliederzahlen. Kurz vor dem Kriege habe die Zahl der Verbandsmitglieder 101 958 betragen. Durch die Einberufungen von etwa 45 000 Mitgliedern und andere Verluste sei die Mitgliederzahl bis 1. Januar 1916 auf 46 370 gesunken, von da ab anhaltend gestiegen. Zu Beginn 1917 seien 53 401, am 1. Juli d. J. schon 73 077 Mitglieder gezählt worden. Berücksichtigt man nun schon die im Laufe des September eingelaufenen Anmeldungen, dann betrage der Bergarbeiterverband zurzeit wieder reichlich 90 000 Mitglieder, mit den noch beim Militär befindlichen seien es circa 115 000. Mitin reche zurzeit schon die gesamte Mitgliedschaft um ungefähr 13 000 höher als vor dem Kriege!

Alle weiteren Reden erklärten ihr Einverständnis mit der Tätigkeit der Verbandsleitung und traten für die Unterstützung aller Bemühungen ein, die auf die Erzielung eines

Friedensvertrags im Sinne des Reichstagsbeschlusses

vom 19. Juli d. J. gerichtet seien. Gegen die Kriegsverlängerer und Kriegsgewinnmacher müsse in der schärfsten Weise vorgegangen werden. Das sei die unbestreitbare Ansicht der deutschen Bergarbeitermassen. Diese wollten sofort nach dem Krieg ihre längst begründeten Schutzgesetze durchsetzen und erfüllten deshalb in der Einführung des geheimen, gleichen, direkten Wahlrechts zum Landtag eine Lebensfrage der Bergarbeiter, weil deren Schutzgesetzgebung in Landtag erledigt werde. Die Bergarbeiter würden darum auf der Wacht stehen müssen, wenn die Wahlrechtsreform den preussischen Landtag beschäfte.

Eine Entschädigung zugunsten des Verständigungsfriedens und des gleichen Wahlrechts wurde einstimmig angenommen. In derselben Entschädigung wird gegen die Behauptung, die Bergarbeiter vernachlässigten ihre Arbeitspflicht, Protest erhoben und ausdauernder Lohn und bessere Ernährung verlangt. Es wurden ferner besondere Resolutionen beschlossen, in welchen gefordert werden: Reform der Knappschaftskassen, Ausbau der Reichsversicherungsgesetzgebung (Erhöhung der Leistungen), Anerkennung der Arbeiterorganisationen seitens der Arbeitgeber als Vorbedingung für eine eventuelle Zustimmung zu Preiserhöhungen für Bergwerkserzeugnisse, Reichsgerichtliche gegen die privatkapitalistische Monopolisierung des Bergbaus, Arbeitervertretungen in den Schichtverordnungen, gesetzliche Mindestlöhne, Förderung der

tarifverträge im Bergbau, gesetzliche Achtstundenschicht bzw. kürzere Schichten vor sehr heißen Berlebspunkten, Verbot der Frauenarbeit in den Bergwerksanlagen, Verbot der Arbeit von Personen unter 18 bzw. 15 Jahren unter Tage, vom Staat bezahlte Arbeiterkontrollen, Arbeiterausschüsse mit größeren Befugnissen usw. Es handelt sich zumeist um Bergarbeiterforderungen, die seit Jahrzehnten erhoben, aber immer wieder vom preussischen Landtag abgelehnt worden sind.

Der schiffbrüchige Prophet Heydebrand.

In dem Aufruf des Parteivorstandes gegen die Alldeutschen war auch namentlich auf deren falsche Prophezeiungen über das Kriegsende verwiesen worden; dabei wurden als Beispiele Herr v. Heydebrand und Fürst Salm-Horstmar aufgeführt. Die „Kreuzzeitung“ sucht nun Herrn v. Heydebrand in Schutz zu nehmen. Die im Juni getanen Äußerungen des Herrn v. Heydebrand hätten nie dahin gelautet, von einem Admiral sei ihm gesagt worden, daß, wenn der U-Boot-Krieg noch zwei Monate weitergehe, England am Hungern sei. — Das dürfte sich, meint die „Kreuzzeitung“, nicht allzusehr von der Wirklichkeit entfernen, wie auch der „Vorwärts“ zugeben müsse, wenn er die englischen Blätter lese.

Die Äußerung ist mehr als dürftig. Die Behauptung, daß England am Hungern sei, trifft heute genau so viel oder so wenig zu, wie die Behauptung der Feinde, daß Deutschland hungere. Der ganze Sinn und Zusammenhang, in dem Herr v. Heydebrand gesprochen hat, weist darauf hin, daß diese Worte vom Hungern nicht im Sinne von Einschränkungen gemeint waren, wie wir sie nun schon seit Jahren ertragen, sondern im Sinne einer wirklich unerträglichen Hungernot, die England wohl oder übel binnen zwei Monaten zum Friedensschluß zwingen müßte. So sind diese Worte auch damals in ganz Deutschland aufgefaßt worden. In diesem Sinne hat sie namentlich die alldeutsche Presse weiterverbreitet, um den „Blasphemern“ und „Niesmachern“ den Mund zu stopfen. Gätten sie nur dem ihnen jetzt von der „Kreuzzeitung“ unterworfenen harmlosen Sinn gehabt, niemals würden sie in Deutschland solches Aufsehen erregt haben. Im übrigen haben wir einen unbedingten Zeugen von der Gegenseite: Grafen Ernst v. Reventlow, der damals in dem besprochenen Gespräch, daß aus dieser Prophezeiung ein elender Hereinfall werden würde, sich sehr ungnädig in der „Deutschen Tageszeitung“ über das Prophezeien und Terminieren ausgesprochen hat.

Die Verminderung des Schweinebestandes.

Berlin, 30. September. Amtlich. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 27. September beschlossen, daß am 15. Oktober d. J. im Deutschen Reich eine Zählung der Schweine vorgenommen ist. Diese besondere Schweinezählung noch vor der am 1. Dezember d. J. stattfindenden Viehzählung durchzuführen erscheint dadurch geboten, daß über den Erfolg der gegenwärtig in Wirksamkeit stehenden Maßnahmen, die zu einer früheren Abschichtung von Schweinen führen sollen, nach vor Eintritt der Winterzeit Klarheit gewonnen werden muß. Die geordneten Maßnahmen sollen unseren Schweinebestand mit den zur Verfügung stehenden Futtermitteln in Einklang bringen, andererseits aber den Bestand auch nicht unter ein gewisses, für die Versorgung notwendig erachtetes Maß herabdrücken. Würde sich durch die Schweinezählung am 15. Oktober herausstellen, daß in der einen oder anderen Richtung die gegenwärtigen Maßnahmen den gewünschten Erfolg nicht bringen, so sollen sie nach rechtzeitig abgeändert oder ergänzt werden können.

Seitensverband. Kürzlich teilten wir mit, daß unser Dortmund-Parteiorgan, die „Arbeiterzeitung“ den Namen „Westfälische Allgemeine Volkszeitung“ angenommen hat. Die erste Nummer dieser umgetauften Zeitung ist nun am 20. September erschienen, aber nur zu dem Zweck, ihren Lesern mitzuteilen, daß sie verboten worden sei.

Letzte Nachrichten.

Der neue Luftangriff auf London.

London, 29. September. (Reutermedien.) Des abends wurde das Signal gegeben, daß ein Luftangriff zu erwarten sei. Die Leute suchten schnell Deckung, den Vorschriften der Behörden entsprechend. Bald darauf wurde von fern Beschützeuer vernommen, das schnell näher kam. Es wurde sehr heftig. Augenscheinlich war es gelungen, die Angreifer dem Mittelpunkt der Stadt fernzuhalten. Als das Feuer aufhörte, war die Gilt durch glänzenden Mondschein erhellt und es blieb bis Mitternacht lebendig. Die Vorstellungen in den Theatern und Konzerten wurden während des Angriffes fortgesetzt.

London, 29. September. (Reuter. Amtlich.) Flugzeuge kreuzten über den Ästen von Kent und Essex gruppenweise zwischen 8 und 9 Uhr abends. Einige Angriffe auf London wurden ausgeführt und Bomben auf die nördlichen und südlichen Bezirke, ferner auf verschiedene Plätze in Kent und Essex abgeworfen. Menschenverluste und Sachschaden sind noch nicht gemeldet.

Frankreichs Nahrungsvorgen.

Bern, 30. September. Bei der gestrigen Besprechung der Interpellationen über das Versorgungsproblem in der französischen Kammer erklärte der Ackerbauminister, der Viehbestand habe stark abgenommen, besonders bedauerlich sei die Verminderung des Schweinebestandes um sieben Millionen; die Zahl der Schafe sei von sechzehn auf zehn, die der Rinder von 14,75 auf 12 Millionen gefallen. Bei Besprechung der Getreidefrage betonte der Ackerbauminister, wie wichtig die Beschaffung landwirtschaftlicher Arbeiter sei; die Mobilisierung habe der Landwirtschaft zwei Millionen Mann entzogen. Die Industrie beschäftige um 120 Prozent mehr Leute, als im Frieden, und zwar ausschließlich auf Kosten der Landwirtschaft. Trotz der Heranziehung von Soldaten älterer Jahrgänge für die Landwirtschaft bleibe die Beschaffung von Arbeitern die wichtigste Frage.

Versorgungsmittler Long erklärte, für 1918 müsse man beim Getreide mit einem Anstieg von fünfzig Prozent rechnen; man werde einen gemeinsamen Einkaufsausschuß der Allierten bilden, um einen Wettbewerb auf dem amerikanischen Markt zu verhindern. Zur Beschaffung von Schiffen habe ein Erlaß alle für Frankreich laufenden französischen, alliierten und neutralen Schiffe für den Staat gefahret und Schiffahrtswegen und Frachttarife bestimmt. Er schlage vor, die monatliche Kopfmenge für Jucker von 750 auf 500 Gramm herabzusetzen. Zu den Klagen über schlechtes Brot erklärte der Minister, es werde auf Grund einer Brotkarte den Kindern bis zu 8 Jahren 300, alle übrigen 500 Gramm und den Schwerarbeitern eine Zulage von 200 Gramm sichern, eine genaue Verbrauchsaufnahme vornehmen lassen; er beabsichtige das Brot zu verbessern, aber die Kopfmenge herabzusetzen. Vom 15. Oktober an sollten die beiden fleischlosen Tage fortfallen.

Groß-Berlin

Die Kohlenversorgung.

In den nächsten Tagen ergeben für die bevorstehende Winterperiode eine Anzahl wichtiger Verordnungen und Bekanntmachungen über die Kohlenversorgung. Aus ihrem Inhalt wird folgendes bekannt:

Kohlenbelieferung.

Vom 1. Oktober ab werden eine weitere Anzahl weiterer Abschnitte der Kohlenkarte freigegeben.

Auf jeden Abschnitt entfällt ein halber Zentner Kohle. Die verschiedenen Wohnungsgruppen werden wieder je nach der Größe unterschiedlich behandelt. Für Gruppe I (ein heizbares Zimmer oder Küche) wird benutzbar Abschnitt 5 und 6; für Gruppe II (zwei heizbare Räume einschließlich Küche) Abschnitt 5 bis 8; für Gruppe III (drei heizbare Räume einschließlich Küche) Abschnitt 5 bis 12; für Gruppe IV (vier bis fünf heizbare Räume einschließlich Küche) Abschnitt 5 bis 16 und für Gruppe V (mehr als fünf heizbare Zimmer einschließlich Küche) Abschnitt 5 bis 20. Es kann demnach vom 1. Oktober ab entnommen werden von Gruppe I 1 Zentner, Gruppe II 2 Zentner, Gruppe III 4 Zentner, Gruppe IV 6 Zentner, Gruppe V 8 Zentner. Die kleinsten Wohnungen, Gruppe I, sind dann mit 80 Prozent der Kohlenmenge beliefert, die etwa bis Jahreschluss in Aussicht genommen war. Die anderen Gruppen haben dann rund 40 Prozent dieser Kohlenmenge erhalten.

Das stellt eine Hoffnung dar, die Kohlenlieferung zu können, aber da sich solche Hoffnungen schon des öfteren als trügerisch erwiesen haben, ist Sparsamkeit auf alle Fälle dringend anzuraten.

Einschränkung des Kohlenverbrauchs.

Vor dem 15. Oktober dürfen Kohlen zur Heizung von Räumen überhaupt nicht verwendet werden. Später darf die Temperatur des beheizten Raumes 18 Grad Celsius nicht übersteigen, gemessen in der Mitte des Raumes, 1,5 Meter über dem Fußboden.

Für zentrale Warmwasserbereitungsanlagen, die ohne Benutzung von Abwärme arbeiten, dürfen Kohlen nur in der Zeit von Freitag vormittags 11 Uhr bis Sonntag mittags 12 Uhr verbraucht werden. Diese Einschränkung gilt nicht für zentrale Warmwasserbereitungsanlagen, wenn und soweit sie dienen: für gewerbliche Küchenzwecke, Bädernhalten zur öffentlichen Benutzung, Schul- und Freibäder sowie Krankenanstalten und Erholungsstätten, die unter berufsmäßiger Aufsicht stehen.

Kirchen, Kapellen, Synagogen erhalten den vierten Teil der Kohlenmengen, die sie vom 31. März 1916 bis 1. April 1917 verbraucht haben. Zur Versorgung von Theatern, Konzertsälen, Lichtspielhäusern und anderen Vergnügungstätten dürfen Kohlen grundsätzlich überhaupt nicht abgegeben werden. Die Kohlenstelle Groß-Berlin kann aber, soweit es sich um Stätten zur Pflege hoher künstlerischer, wissenschaftlicher oder sonstiger Bildungszwecke handelt, Ausnahmen zulassen.

(Wie verlässlich, sollen die dem Deutschen Bühnenverein angeschlossenen Theater eine beschränkte Menge Kohlen erhalten.)

Sonderkarten.

Sonderkarten werden in gewissen dringenden Fällen gewährt, gelangen jedoch nicht vor dem 15. Oktober zur Ausgabe.

Kergie, Zahnärzte, Dentisten mit Rassenprovis können erhalten bei Ofenheizung für das Behandlungszimmer (nicht Wartezimmer) eine Sonderkarte über 5 Zentner.

Für Bureaus, Geschäfte und Arbeitsräume, Gastwirtschaften, Ladengeschäfte, Militärspersonal kann bewilligt werden; sofern es sich um Räume in Wohnungen handelt, die mehr als fünf heizbare Zimmer einschließlich Küche für jedes weitere Zimmer eine Sonderkarte über 3 Zentner; bei Sälen, für solche von mehr als 50 Quadratmeter Fläche 3 Zentner, mehr als 100 Quadratmeter Fläche 6 Zentner, mehr als 150 Quadratmeter 9 Zentner usw.

Bei schwerer akuter Krankheit gegen ein von der Gemeinde nachzusprechendes ärztliches Zeugnis kann gewährt werden eine Sonderkarte über 2 Zentner. Bei schwerer chronischer Krankheit kann die Bewilligung für drei Monate erfolgen.

Bühnenneuen erhalten eine Sonderkarte über 3 Zentner. — Für Haushaltungen, in denen sich nach dem 1. Juli 1917 geborene Säuglinge befinden, und denen die Zufuhrmenge von 15 Kubikmeter Gas nicht zureicht, darf eine Sonderkarte über 5 Zentner gewährt werden.

Revisionen.

Da es sich herausgestellt hat, daß bei der früheren Bestandaufnahme vielfach unzureichende Angaben gemacht worden sind, sollen die Kohlenvorräte der Haushaltungen durch besondere Ausschüsse, die aus Hausbesitzern und Mietern bestehen, nochmals nachgeprüft werden.

Es soll aber allen denen, die früher falsche Angaben gemacht haben, vor der Nachprüfung nochmals Gelegenheit gegeben werden, bis zum 10. Oktober ihre Angaben zu berichtigen, um so einer Streifenprüfung zu entgehen. Wer diese Gelegenheit unbenutzt vorbeigehen läßt und bei der Nachprüfung unrichtiger Angaben überführt wird, hat strenge Strafen und die Einziehung der verbleibenden Kohlenvorräte zu gewärtigen.

Obstperre — aus Ueberfluß.

Der Vorsitzende der Reichsstelle für Obst und Gemüse, Herr v. Tilly, teilt der Presse mit:

Infolge von Auslandschwierigkeiten habe ich im Einvernehmen mit der Eisenbahnenverwaltung und den zuständigen Kommunalbehörden die Zufuhren von Obst nach Groß-Berlin für solange sperren müssen, bis die vorhandenen großen Vorräte der Verbraucherinnen zugeführt sind. Es besteht die Möglichkeit, daß im Anschluß daran ein Mangel an Obst in die Erscheinung tritt. Dieser Mangel würde nur vorübergehend sein.

Die Logistik will uns nicht ganz einleuchten. Infolge der Anhebung großer Vorräte wird demnach ein Mangel an Obst eintreten. Wie denkt sich Herr Tilly den Zusammenhang dieser Erscheinungen? Und wo stehen die großen Vorräte, von denen die Verbraucher bisher äußerst wenig gemerkt haben?

Die Nacharbeit in den Bäckereien.

Seit 14 Tagen durchläuft, von Berlin ausgehend, eine Notiz die deutsche Presse, die nachfolgenden, zunächst anscheinend recht harmlosen Wortlaut hat:

„Ein großer Teil der Bäckmeister, besonders der zum Heeresdienst einberufenen, hat den Wunsch geäußert, man möge die endgültige gesetzliche Regelung der Nacharbeit bis nach dem Kriege verschieben, damit auch sie in der Lage wären, zu der Frage Stellung zu nehmen. Eine Notwendigkeit, den bereits ausgearbeiteten Gesetzentwurf zu verabschieden, besteht nicht, da das Nachbrotverbot ja vorläufig erlassen ist. Im übrigen bedürfen manche für die gesetzliche Regelung in Vorläufig gedachten Vorschriften gründlicher Erwägung, so die Sonderbestimmungen für Großbäckereien, deren Betrieb durch das Nachbrotverbot allerdings erheblich beeinträchtigt wird.“

Für diese soll die Nachruhe auf 8 Stunden beschränkt werden, so daß sie in zwei achtsündigen Schichten arbeiten könnten. Würde

Ein Abteilungsleiter der Deutschen Präzisionswerke hatte mit zwei Metallarbeitern einen Akkordvertrag über eine bestimmte Zahl von Werkstücken zum Preise von 25 M. für das Stück abgeschlossen.

Das Gericht beurteilte die Firma zur Zahlung der geforderten Beträge mit der Begründung: Einer arglistigen Täuschung beim Abschluss des Vertrages haben sich die Kläger nicht schuldig gemacht.

Ein sechsjähriges Kind als „Zeuge“. Unter der Anklage des Eittlichkeitsverbrechens hatte sich der Parkwächter Wilhelm S. aus Mariendorf vor der 1. Strafkammer des Landgerichts II zu verantworten.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Dienstag mittig. Nennlich kühl, im Norden vorwiegend wolfig und besonders an der Küste etwas Regen; im Süden trocken und vielfach heiter.

Beamtenschaft für Politik: Eric Sauer, Berlin; für den übrigen Teil des Reiches: Alfred Engel, Potsdam; für die Provinzen: Th. Glode, Berlin, Prud u. Berlin; Hermann Buchardt, Berlin; für die Provinzen: Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Bestimmung des Geldes, so sollte den Leuten überlassen, deren Lage unter der Einwirkung des Krieges sehr schwierig geworden ist, ein empfindlicher Wettbewerb bereitet.

Diese Kritik, die ebenso viele Unrichtigkeiten enthält, als sie Sätze hat, ist einer jener plumpen Beeinflussungsversuche, wie sie die Gegner des Nachtarbeiters in den letzten zwei Jahren mehrfach unternommen haben, um das geplante reichsgerichtliche Nachtarbeitsverbot zu hintertreiben.

In der letzten Zeit sind diese unsozialen Treiben zur Aufrechterhaltung der Nachtarbeit in einer Form aufgetreten, daß der Bäcker- und Konditorenverband sich gezwungen sieht, in einer, am Dienstag, dem 2. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im „Lehrervereinshaus“ stattfindenden Versammlung hierzu Stellung zu nehmen.

Die nächste Sitzung der Berliner Stadtverordneten-Versammlung findet am Donnerstag, den 4. Oktober, statt. Falls der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorberatung der Magistratsvorlage über die Bewahrung von Feuerzuzugungen an Beamte, Angestellte usw. seine Beratungen beendet hat, soll dieser Gegenstand auf die Tagesordnung kommen und beraten werden.

Ein fliegender Spielklub wurde am Sonnabendabend von der Kriminalpolizei wieder ausgehoben. In den Räumen in der Kaiserstraße, in denen vor dem Kriege eine seitdem geschlossene Weinhandlung betrieben wurde, hatte sich ein unternehmender Kaufmann Hoppe vor einigen Wochen bei dürftiger Ausstattung einen „fliegenden Klub“ eingerichtet.

Das fürstliche Kind des Landsturmmannes. Eine 18 Jahre alte Arbeiterin Emma Wehner erzählt zu Anfang d. J. ihrer verstorbenen Tante, mit der sie in der Schwedter Straße eine bescheidene Tagelohnwohnung teilt, der Vater ihres Kindes sei ein Fürst von Söhnenfeld, ein im Felde stehender Offizier.

Der Sportpark Treptow veranstaltete gestern den Großen Herbstpreis, ein Dauerrennen über eine Stunde, das von Bauer, Pankow, Pryzrembel und Schipke bestritten wurde. Außerdem kam ein Dauerrennen in zwei Läufen über je 20 Kilometer für Klasse B durch Kuschlow, Biewerall und Wittig zur Entschcheidung.

Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter in Berlin. (Zuschußkassa.) Den Mitgliedern zur Kenntnis, der erste Kassier ist genehmigt und tritt vom 1. Oktober 1917 in Kraft.

Admirals-Palast. Die Novität Abrikadabra. Großes phantastisches Ballett auf dem Eis. 7 1/2 U. Vorzügl. Küche.

Lombard-Haus. Volle normale Beleuchtung. Diskretion, Regelmäßigkeit, Gelegenheitsk., Uhren, Brillanten, Schmuckarbeiten.

Spezialarzt Dr. med. Laubs. Bei schnell, gründl. mögl. schmerzlos u. ohne Bewußtsein. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, Urprostatitis, Verstopfung, Ehrlich-Hata-Kuren, Harn- u. Blutuntersuchung.

Zur Feldsoldaten! Deutsch-Polnisch 15 Pf. Deutsch-Französisch 15 Pf. Buchhandlung Dorothea, Berlin.

Nerven- und Stoffwechselliden. Insbesondere Nervenschwäche, Übererregbarkeit, Nüchternheit, Zuckerkrankheit, Magen- und Darmleiden, Herz-, Leber- u. Nierenkrankheiten, Bluthrombosen, Gicht, Rheumatisches, Schwächezustände, Hautleiden werden mit vorzüglicher Erfolge nach dem neuesten Verfahren ohne jede Berufshilfe behandelt.

Sanitätsrat Dr. Weise's Ambulatorium, Berlin 117, Potsdamer Str. 123b.

Velourhüte direkt in der Hutfabrik Invalidenstr. 36, an der Chausseestr. Hüte werden umgepreßt.

Hautjucken (Krätze) wirksames Spezialmittel. 8 M. Dopp. Portionen (2 Pers.) 10 M. Apoth. Lauenstein's Vers., Spremberg L. 44.

Hämorrhoiden Mittel, 1000fach bewirkt 20 A. u. 750; Prop. frei. Apoth. Lauenstein's Vers., Spremberg L. 44.

Damenhüte. Impression, neueste Formen. Hutfabrik Orth, Stallschreiberstr. 28, 835L.

Spezial-Arzt. Geschlechtskrankheiten, Harnleiden, Schwäche, Ehrlich-Hata-Kuren, Blut- und Harn-Untersuchungen. Institut: Potsdamer Str. 117 während d. Sommers 4,6-7,10 U. abends, Sonntags 4,11-1 Uhr.

Zähne m. echt. Kautschuk 3,50 M. 5 Jahre Garantie. Zahnpraxis Hatvani, Goldtrögen u. 20 M. an. Spez. Danziger Straße 1, Ecke Schönbr. Allee.

Konfirmanden-Uhren. E. Möbis, 14 Bonthstr. 14.

Tüchtige Motoren- und Autohändler. Tüchtige Maschinenmeister und Andrucker für ff. Chromo, auch Steinschleifer, Anlegerinnen u. Bogentägerinnen.

Gürtler. Spezial-Arzt Dr. med. Hasche, Friedrichstr. 90.

Spezial-Arzt. Geschlechtskrankheiten, Harnleiden, Schwäche, Ehrlich-Hata-Kuren, Blut- und Harn-Untersuchungen. Institut: Potsdamer Str. 117.

Erfahrener Schlosser. Zigarettenfabrik Garbáty, Gabelstraße.

Verkäuferinnen für die Abteilungen Damen-Hüte, Schreibwaren - Weißwaren, Spielwaren, Glas - Porzellan.

Verkäuferinnen für die Abteilungen Damen-Hüte, Schreibwaren - Weißwaren, Spielwaren, Glas - Porzellan.

Verkäuferinnen für die Abteilungen Damen-Hüte, Schreibwaren - Weißwaren, Spielwaren, Glas - Porzellan.

Spezial-Arzt. Geschlechtskrankheiten, Harnleiden, Schwäche, Ehrlich-Hata-Kuren, Blut- und Harn-Untersuchungen. Institut: Potsdamer Str. 117.

Spezial-Arzt. Geschlechtskrankheiten, Harnleiden, Schwäche, Ehrlich-Hata-Kuren, Blut- und Harn-Untersuchungen. Institut: Potsdamer Str. 117.

Spezial-Arzt. Geschlechtskrankheiten, Harnleiden, Schwäche, Ehrlich-Hata-Kuren, Blut- und Harn-Untersuchungen. Institut: Potsdamer Str. 117.

Spezial-Arzt. Geschlechtskrankheiten, Harnleiden, Schwäche, Ehrlich-Hata-Kuren, Blut- und Harn-Untersuchungen. Institut: Potsdamer Str. 117.

Spezial-Arzt. Geschlechtskrankheiten, Harnleiden, Schwäche, Ehrlich-Hata-Kuren, Blut- und Harn-Untersuchungen. Institut: Potsdamer Str. 117.

Spezial-Arzt. Geschlechtskrankheiten, Harnleiden, Schwäche, Ehrlich-Hata-Kuren, Blut- und Harn-Untersuchungen. Institut: Potsdamer Str. 117.

Spezial-Arzt. Geschlechtskrankheiten, Harnleiden, Schwäche, Ehrlich-Hata-Kuren, Blut- und Harn-Untersuchungen. Institut: Potsdamer Str. 117.

Verkäuferinnen für verschiedene Abteilungen sofort gesucht.

A. Jandorf & Co. Grosse Frankfurter Str. 113.

Arbeiterinnen Auergesellschaft Berlin O. 17.

Luftkämpfe Ein Tag bei einer Jagdstaffel im Westen.

Luftkämpfe Ein Tag bei einer Jagdstaffel im Westen.

Luftkämpfe Ein Tag bei einer Jagdstaffel im Westen.

Luftkämpfe Ein Tag bei einer Jagdstaffel im Westen.